

1145/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend Assistenzeinsatz des Bundesheeres - „Mörderische Monotonie“

Unter der Überschrift „Soldatendrama. Mörderische Monotonie“ kritisiert das Wochenmagazin „Format“ (Nr. 28/00, S. 44 f.) den mittlerweile seit mehr als 10 Jahren bestehenden Assistenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres an der östlichen Grenze des Bundesgebietes. Die Format - Recherchen zeichnen ein tristes und gefährliches Bild: „Endlose Einsätze, wenig Freizeit - ein Teufelskreis aus Dienst, Suff und wieder Dienst machen den Rekruten schwer zu schaffen.“ ... „Nach dem tragischen Tod zweier junger Soldaten im Assistenzeinsatz an der Grenze zu Ungarn: Kameraden kritisieren mangelnde psychologische Betreuung, übermenschliche Belastung und schikanöse Strafen. Das Verteidigungsministerium beschwichtigt.“ Der Artikel berichtet von der Hilflosigkeit der jungen Männer angesichts von menschlichen Tragödien, Bestechungsversuchen von Schleppern und der ständigen Angst vor Zwischenfällen. Die Soldaten haben keine fundierte asylrechtliche Ausbildung und keine permanente Supervision; die Vorgesetzten reagieren offenbar völlig unsensibel auf menschliche Hilfeschreie von überforderten und falsch eingesetzten jungen Männern (z.B. Essverbot als Sanktion).

Die unterfertigte Abgeordnete hat auf derartige Gefahren bereits 1990 im Rahmen einer angemeldeten Kundgebung an der Grenze hingewiesen; die in der Folge durchgeführten Prozesse (Republik Österreich gegen Petrovic und vice versa) endeten mit einer Verurteilung der Republik. Bereits damals wurde moniert, dass die diffizile Aufgabe der **nichtmilitärischen** Grenzsicherung nur von sehr erfahrenen, spezifisch geschulten und permanent betreuten zivilen Beamtinnen wahrgenommen werden sollte; Sonst sei mit einer Häufung menschlicher Fehlleistungen bzw. mit Kurzschluss - und Verzweiflungshandlungen zu rechnen. Dies trägt der auch von namhaften Rechtsexpertinnen geäußerten Meinung, dass der Assistenzeinsatz völkerrechtlich und verfassungsrechtlich verfehlt sei, Rechnung. in der Folge wurde auch wiederholt massive Kritik seitens des Rechnungshofes vorgebracht; dennoch wurde die Fehlentscheidung von damals in einer geradezu apodiktischen Weise verteidigt und der Assistenzeinsatz unverändert fortgesetzt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie viele Selbstmorde bzw. Selbstmordversuche gab es seit Beginn des Assistenzeinsatzes in den einzelnen Jahren?
2. Wie viele a) Unfälle von Soldaten, b) Angriffe auf Soldaten und c) Verletzungen von Soldaten ereigneten sich in den einzelnen Jahren seit Beginn des Assistenzeinsatzes?

3. Wie viele Ausfälle durch a) körperliche und b) seelische Erkrankungen von Soldaten waren seit Beginn des Assistenzeinsatzes in den einzelnen Jahren zu verzeichnen? (Bitte Angabe in Krankheitstagen pro Person.)
4. Wie ist die medizinische Betreuung der Soldaten im Assistenzeinsatz organisiert?
5. Ist eine permanente psychologische Betreuung bzw. regelmäßige Supervision angeordnet? Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Kontrollen der Vorgesetzten finden regelmäßig statt? Haben diese eine Fachausbildung betreffend Einsätze unter psychisch extrem belastenden Bedingungen?
7. Entsprechen Berichte über perverse „Sanktionen“ (z.B. temporäres Essverbot) den Tatsachen? Welche Konsequenzen ziehen Sie im Falle der Bestätigung dieser Berichte?
8. Entsprechen die Berichte über Bestechungsversuche den Tatsachen? Welche internen Kontrollmaßnahmen bestehen diesbezüglich?
9. Werden Geldbeträge aus versuchten Bestechungen beschlagnahmt? Wenn ja, in welcher Höhe (gegliedert nach Einsatzjahren seit Beginn des Assistenzeinsatzes)?
10. Wie viele Disziplinarverfahren oder Militärstrafverfahren gegen Angehörige des Österreichischen Bundesheeres wurden abgewickelt wegen a) Fehlleistungen als Vorgesetzte von Assistenzsoldaten, b) Fehlleistungen als Soldat im Assistenzeinsatz und c) Annahme bzw. versuchte Annahme von Bestechungsgeldern? (Bitte nach Einzeljahren aufschlüsseln.)
11. Sind Sie bereit angesichts der Kritik von mehreren Seiten, der internen Unzufriedenheit, der exorbitanten Kosten und der ungelösten menschlichen Probleme junger, unerfahrener Einsatzkräfte einen Grundsatzdialog mit dem Bundesminister für Inneres und mit KritikerInnen über bessere Wege der nicht - militärischen Grenzsicherung zu führen?
12. Wie sehen Sie die nie verstummte rechtliche Kritik am Assistenzeinsatz: Das Bundesheer dient der Abwehr militärischer Angriffe bzw. Bedrohungen, darf aber keinesfalls gegen Flüchtlinge bzw. ohne Vorliegen einer militärischen Akutsituation für Aufgaben der inneren Sicherheit missbraucht werden?
13. Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die a) völkerrechtliche und b) verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Assistenzeinsatzes?
14. Anlässlich des Khatami - Besuches in Deutschland wurde - offenbar ohne Absprache mit den zuständigen österreichischen Stellen - das Schengen - Abkommen von deutscher Seite kurzfristig außer Kraft gesetzt, was zu erheblichen Behinderungen im Reiseverkehr an der deutsch - österreichischen Grenze führte. Sehen Sie einen Zusammenhang mit der offenbar menschlich total überforderten Grenzsicherung Österreichs durch Jung - Präsenzdienster?